

Zur Analyse der gegenwärtigen Krise und ihrer Bewertung unter dem Aspekt ihrer staatsmonopolistischen Entwicklung

1. Zur Einschätzung der gegenwärtigen Krise

Für die gegenwärtige Krise ist die Finanzkrise der sichtbare Auslöser, aber diese hat sich zu einer tief greifenden Krise der gesamten Weltwirtschaftsordnung ausgeweitet und markiert mit weit reichenden Folgen zugleich auch einen gravierenden Einschnitt in die Entwicklung des kapitalistischen Systems insgesamt. Sie kann deshalb als eine Systemkrise bezeichnet werden.

Marx und Engels haben Krisen im Kapitalismus aus der Entfaltung antagonistischer Widersprüche im Verlauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, „als momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche“ erklärt, „die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen“ (Kap. Bd. III, S.277) Die gegenwärtige Krise steht im Zusammenhang damit, dass sich der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten bedeutend im Hinblick auf seine Akkumulationsbedingungen verändert hat. Als wesentliche *Grundmerkmale* sind dafür zu nennen:

- Die Entwicklung zum High-Tech-Kapitalismus mit neuen Anlagesphären für das Kapital und mit Folgen für Veränderungen im Charakter und der Struktur der Lohnarbeit,
- das außerordentliche Wachstum der Internationalisierung des Kapitalismus oder der Globalisierung mit einer entsprechenden Regulationsweise,
- die Herausbildung der Finanzmärkte und ihre Rolle im Wirtschaftsgeschehen
- die Akkumulation als „Ökonomisierung durch Enteignung“ oder weitere Monopolisierung durch Privatisierung öffentlicher Güter,
- die Unfähigkeit der auf kurzfristige Profitlogik orientierten Politik, die wachsenden globalen Probleme von Energie, Klima und Umwelt zu lösen,
- das erneute Hervortreten der imperialistischen Züge des Kapitalismus,
- der Wandel der „Staatlichkeit“ durch Ideologie und Politik des Neoliberalismus.

Diese Entwicklungen vollzogen sich auf Basis einer forcierten Monopolisierung in der Eigentums- und Herrschaftsstruktur und vor allem unter den Bedingungen einer veränderten Kräftesituation in der Welt. Sie drücken der jetzigen Krise auch ihren Stempel auf. Daher sind der globale Charakter der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Verflechtung von zyklischen mit strukturellen Krisenprozessen, die Überakkumulation von Geldkapital und seine massenhafte Entwertung, Firmenzusammenbrüche und massenhafte Entlassungen, ihre Verflechtung mit globalen Problemen die Energie, Klima und Umwelt sowie die Einbeziehung der neuen Kräftezentren in Asien und Europa und der unterentwickelten Länder in diese Krise Kennzeichen der gegenwärtigen Situation.

In der Öffentlichkeit wird jetzt vor allem die veränderte „*Staatlichkeit*“, der Staatsinterventionismus zur Bewältigung der Krisenprozesse deutlich: Der Staat greift direkt mit all seiner ökonomischen und politischen Potenz ein, weil es um die Existenz dieses Systems geht. Deshalb scheint es notwendig, das Verhältnis von Politik und Wirtschaft oder genauer das von Staat und Monopolen genauer zu erfassen.

2. Zum Verständnis der Krisenursache mit Hilfe der „SMK-Theorie

Zur Beurteilung der gravierenden weltwirtschaftlichen Umbruchssituation und damit zum krisenhaften Wesen des Kapitalismus kann m. E. auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückgegriffen werden. Dieses theoretische Konzept – mit Stamokap oder SMK-Theorie bezeichnet – stellt eine *Weiterentwicklung der marxistischen Kapitalismustheorie* dar und hat vor allem die Entfaltung der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse mit ihren politischen Konsequenzen im Blickfeld. In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war sie Bestandteil der Kapitalismusanalyse in der gesamten marxistischen Linken. Sie knüpfte an Aussagen von Marx und Engels über die historische Tendenz des Kapitalismus an, dass die inneren Widersprüche der Kapitalverwertung den Kapitalismus immer stärker dazu zwingen, dem wachsenden *gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte* mit Formen des „*Gesellschaftskapitals*“ zu entsprechen, ohne die Gesellschaftsordnung überwinden zu können - gezeigt an der Bildung der Aktiengesellschaften und der Funktion des Kreditwesens.

Solche Formen gesellschaftlichen Kapitals entwickeln sich mit fortschreitender Monopolisierung der Wirtschaft, dem ökonomischen Monopol als „Kern der ganzen Sache“ (Lenin), weiter oder entstehen neu – stets als Anpassung an veränderte konkret-historische Bedingungen und auf Druck neuer gesellschaftlicher Herausforderungen. Man denke nur an die Herausbildung des Finanzkapitals oder der transnationalen oder internationalen Monopole. Dieses Monopol fordert immer stärker die „Staatseinmischung“ (Marx) heraus.

Den Kern der SMK-Theorie bildet die Aussage, dass mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und dem raschen Voranschreiten der *gesellschaftlichen Arbeitsteilung* der Maßstab der „privaten“ Monopolisierung allein nicht mehr ausreicht, die Kapitalverwertung zu sichern. Selbst eine forcierte Monopolisierung, d.h. die immer stärkere zentralisierte Verfügung über kapitalistisches Eigentum und Ressourcen kommt nicht ohne Staat aus. Es entwickelte sich infolgedessen der Staatsinterventionismus als eine permanente Erscheinung. Denn im selben Maß, wie die staatliche Gewalt ökonomisch mit den verschiedensten Maßnahmen wirksam wird, erweitert sich auch der Maßstab der Umverteilung - vor allem zugunsten der Monopole. Der Konkurrenzmechanismus wird dabei durchbrochen und auf einer anderen Ebene wieder hergestellt.

Dass der Staat immer umfassender in das Wirtschaftsgeschehen einbezogen wird, ist eine charakteristische Besonderheit in der Entwicklung des Kapitalismus in seiner gesamten monopolistischen Phase. Auch die Internationalisierung des Kapitals oder Globalisierung sind ohne diesen staatsmonopolistischen Mechanismus nicht denkbar. Man kann also nicht von einer „*Rückkehr oder Wiederkehr des Staates*“ reden, denn mit der Ausprägung monopolkapitalistischer Verhältnisse im Zusammenhang mit den Fortschritten in Wissenschaft und Technik und der Internationalisierung der Wirtschaft haben die Eingriffe des Staates an Umfang und Intensität zugenommen. Intensive Beziehungen der Wirtschaft zum Staat sind für die monopolistische Expansion eine Existenznotwendigkeit.

Der Kapitalismus ist so charakterisiert durch das Verhältnis von Monopolen und Staat („*Verflechtung*“) als Ausdruck der Beziehung von Wirtschaft und Politik, damit auch als „SMK“ bezeichnet. Dies bezieht sich auf die Gesamtheit sozialökonomischer und politischer Beziehungen.

Das Verhältnis von Staat und Monopolen ist jedoch äußerst ambivalent. Einesteils wirkt hier die unterschiedliche Lobby des Großkapitals in Konkurrenz miteinander ein, andererseits gestaltet sich der Eingriff des Staates in Abhängigkeit von den

jeweils konkret-historischen Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung. Der Staat fungiert in diesem äußerst engen Beziehungsgeflecht keineswegs als bloßer Vollstrecker von Konzerninteressen. Er ist relativ selbständig in seinem Handeln und hat nach wie vor gesamtgesellschaftliche, profitfremde Aufgaben wahrzunehmen, hat soziale Prozesse und Konflikte für den Erhalt der herrschenden Machtkonstellation zu sichern.

3. Zur Rolle staatsmonopolistischer Regulierung und ihrer Varianten

Diese Finanzkrise ist Resultat *staatsmonopolistischer Regulierung*, denn die Einbeziehung des Staates als ökonomische Potenz begründet auch einen entsprechenden Wirtschaftsmechanismus, der sich auf alle Phasen der Reproduktion bezieht, so auch auf die der Finanzsphäre.

Die *Permanenz staatlicher Eingriffe* in die Wirtschaft charakterisiert den Kapitalismus in jeder Stufe seiner Entwicklung, aber *mit beträchtlichen Unterschieden in Formen, Gewicht und auch in der Qualität sowie variablen Einsetzbarkeit*. Zum Arsenal staatlicher Regulierungsmaßnahmen zählt das ganze Instrumentarium der staatlichen Wirtschaftspolitik von Subventionen, Steuermaßnahmen, Staatsaufträgen bis hin zu direkten Eingriffen in Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen. Zugleich aber gibt es in den ökonomisch staatlichen Aktivitäten auch *unterschiedliche Varianten*, die das Verhältnis von Wirtschaft und Staat berühren. Sie beziehen sich direkt auf die *Schwerpunktsetzung in der Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und auf ihre ideologische Begründung*; d.h. die Staatseingriffe sind mit verschiedenen Richtungen und Inhalten verbunden. Die gegenwärtigen Diskussionen um *Neoliberalismus* und *Keynesianismus* spiegeln das wider. Beide Varianten *beruhen im Prinzip auf der gleichen sozialökonomischen Grundlage*. In beiden Richtungen geht es um die *Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft angesichts ökonomischer Krisen* oder unzureichender Akkumulationsbedingungen für das Kapital. Aber sie unterscheiden sich in der Schwerpunktsetzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffe des Staates. Die *neoliberale* Richtung, seit den 40er und 50er und besonders verstärkt seit den 70er Jahren in den meisten Ländern vorherrschend, kann als eine konfrontative Variante oder ein radikalisiertes Modell der Kapitalverwertung bezeichnet werden. Mit einem Konzept für eine langfristige Wirtschaftspolitik orientiert sie auf eine „*marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung*“ mit „*freiem Wettbewerb*“ als zentrale Kategorien und einen „*starken Staat*“ oberhalb der Wirtschaft, der die „*Rahmenbedingungen*“ für die Kapitalverwertung setzt. Dazu zählt ein ganzes Arsenal die Kapitalexpansion begünstigender Maßnahmen wie Privatisierung des öffentlichen Eigentums und der Alterssicherungssysteme, Deregulierung, Rücknahme staatlicher Investitionen und Steuerungen, Abbau sozialer Sicherungssysteme usw. Hingegen setzt die *Keynesianische* Variante, entstanden in der Zeit nach der großen Krise 1929 bis 1932 und in den USA als „*New Deal*“ oder in Deutschland, Italien und anderen Industrieländern vielfach seit den Nachkriegsjahren bis in die 70er Jahre hinein als wirtschaftspolitisches Konzept gültig, auf eine antizyklische und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, um die Wirtschaft anzukurbeln. Sie beinhaltet staatlich finanzierte Investitionen, auch durch Staatsverschuldung, sowie eine Reihe beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen. Diese Variante ist allerdings auch unter dem neoliberalen Dogma immer im militärischen und rüstungswirtschaftlichen Bereich präsent.

In der *Keynesianischen Variante* mit ihrer makroökonomischen Steuerung sehen viele Linke heute die Chance für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, zumal

diese Richtung der Regulierung demokratischen Kräften und Linken eher die Möglichkeit bietet, alternative Vorstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen. Viele preisen sie an und verweisen oft auch auf das „*Skandinavische oder Schwedische Modell*“. Letzteres ist eine ganz spezifische Form nationaler staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Grundlage eines sozialen Kompromisses zwischen Arbeit, Kapital und Staat, entstanden nach der Weltwirtschaftskrise 1929 und der politischen Kräftekonstellation mit starken Gewerkschaften und einer starken Sozialdemokratie. Es bestätigt als Erfahrung, dass bei einer starken antikapitalistischen politischen Kraft zumindest eine auf mehr soziale Gerechtigkeit und Beschäftigungssicherung gerichtete Variante durchsetzbar ist. Sie hat jedoch keinen Bestand, wenn nicht grundsätzlich die sozialökonomische Grundstruktur, die Macht und politischen Einfluss des Kapitals begründet, verändert wird, was sich gegenwärtig in diesen Ländern zeigt. Seit Ende der 70er Jahre spricht man vom Wendepunkt zum Ende des „Wohlfahrtsstaates“. Auf eine andere Variante sollte noch hingewiesen sein: der privatmonopolistischen Regulierung, wie sie z. B. auch im Militär-Industrie-Komplex sichtbar wird.

4. Zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Die heutige Krise ist das Ergebnis einer rigorosen profitorientierten Regulierung von Ökonomie und Gesellschaft auf Grundlage der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Vielfältige Maßnahmen der Steuerpolitik, der Deregulierung und Liberalisierung der Märkte sowie eine groß angelegte Privatisierungskampagne haben die Kapitalverwertung des Großkapitals wesentlich verbessert, gleichzeitig damit aber auch die Voraussetzungen für eine riesige Spekulationsblase geschaffen.

Staat und staatliche Institutionen haben vor allem im letzten Jahrzehnt auf nationaler und internationaler Ebene mit einer Vielzahl von Gesetzen und anderen Maßnahmen die Expansion der Konzerne in neue und profitable Anlagesphären begünstigt. Auf der anderen Seite der staatlich begünstigten Kapitalakkumulation hat es in allen kapitalistischen Industrieländern in den letzten Jahren einen *gesetzlich betriebenen Sozialabbau* gegeben. Im Ergebnis umfangreicher „Reformen“ veränderte sich die Primärverteilung zwischen Löhnen und Profiten zugunsten des Großkapitals, ablesbar an der Zunahme der enormen Profite mächtiger Konzerne. In der Konsequenz bot die dadurch beschränkte kaufkräftige Nachfrage für die gestiegenen Gewinne der Konzerne in der Realwirtschaft keine profitablen Aussichten mehr und der Strom an überschüssigen Profiten ging in die liberalisierten rentablen Anlagesphären auf den Finanzmärkten. Das Münchner Institut **isw** schreibt: „Die *permanente Umverteilung von unten nach oben* in allen kapitalistischen Industrieländern ist eine entscheidende Ursache für die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie führt zu Nachfrageausfall auf der einen und zu zusätzlichen Spekulationsgeldern auf der anderen Seite.“

Zwei Entwicklungen sind damit verbunden:

- Die *wachsende Differenz zwischen Real- und Finanzwirtschaft* oder „Loslösung des Finanzmarktes von der materiellen Wirtschaft“
- Der **zunehmende Parasitismus** im Kapitalismus.

Zum ersteren: In der Tat hängt die wachsende Differenz zwischen Real- und Finanzwirtschaft zum einen mit den *objektiven Prozessen* in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion unter den Bedingungen des überaus raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie der forcierten internationalen Arbeitsteilung zusammen. So weist der *Finanzdienstleistungssektor* gegenüber

allen anderen Bereichen der Volkswirtschaft ein bedeutend schnelleres Wachstum auf. Er ist mit seiner *Funktion der Kapitalmobilisierung, der Vermittlung und Steuerung der Finanzströme zum Schalthebel der Wirtschaftsverflechtung* und damit auch Expansion der Konzerne sowie der staatlichen Interventionen im ökonomischen Geschehen geworden. Träger dieser Entwicklung sind die großen Monopolbanken und die Staatsbanken (EZB, Bundesbank).

Zugleich kommt darin aber auch die kapitalistische Art der Bewältigung der Produktivkraft -Entwicklung zum Ausdruck, d.h. *wie sich das Finanzkapital als zentralisiertes und monopolisiertes Eigentum überhaupt noch realisieren kann*. Die relative Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft ist generell daher ein Grundzug in der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus. Sie ist das *Ergebnis der enormen Weiterentwicklung der Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion mit dem stürmischen Voranschreiten der Produktivkräfte*. Nur mit der finanzkapitalistischen Loslösung und Konzentration des Eigentums in neuen Formen erreicht das Kapital die erforderliche Größe, Beweglichkeit und Elastizität, um sich national und international zu verflechten, kann sich als zentralisiertes und monopolisiertes Eigentum überhaupt noch realisieren. Dies ist also auf der einen Seite eine Frage der Eigentumsentwicklung im Kapitalismus.

Zum Zweiten und mit letzterem eng verbunden ist das Neue in dieser Entwicklung, dass *die parasitäre Entwicklung im Kapitalismus eine neue Dimension und Qualität* angenommen hat. Lenin leitete aus der ungeheuren Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern die Charakterisierung „Rentnerstaat“ oder Wucherstaat, Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus ab, eine Entwicklung, die sich aus der „ökonomischen Möglichkeit durch monopolistisch hohe Profite“ ergibt. Die heutige Aufblähung des Finanzmarktes ergibt sich eben aus dem spezifischen „Akkumulationsregime“ seit den 70er Jahren. Die permanente Umverteilung von unten nach oben, die eigentliche Krisenursache, hat diese Entwicklung beschleunigt. Sie begünstigte mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte den Strom an überschüssigen, hohen Profiten in die liberalisierten rentablen Anlagesphären auf den Finanzmärkten und heizte die kreative Schöpfung immer neuer „innovativer“ Finanzprodukte an, die Superrenditen versprachen. Banken, Fonds, Versicherungen, Finanzinstitute internationaler Konzerne jagten die Renditen in astronomische Höhen.

Der Finanzmarkt als wesentliche Funktionsbedingung der Wirtschaft ist zur Drehscheibe einer unkontrollierten Kapitalmacht mit undurchsichtigen Geschäften und zügellosen Kreditvergaben und zur Quelle eines bisher nicht gekannten Parasitismus geworden. Dies schließt die Konzerne der Realwirtschaft mit ein.

5. Zu den Krisenfolgen

Die Folgen der Krise sind bisher noch gar nicht alle absehbar. Es gibt sehr unterschiedliche Auffassungen über das Ausmaß oder die Schwere dazu: Einige behaupten, sie wird unterschätzt, andere wiederum, sie wird überschätzt und es wird nur Angst geschürt. Fakt ist, die Krise wird langsam spürbarer und sie wird lang wirkend sein durch ein sukzessives Übergreifen der Finanzkrise auf verschiedene Zweige und Bereiche. Einige Kennzeichen sprechen dafür:

Auf der Kapitaleseite

- Die Kapitalentwertung und Kapitalvernichtung im großen Umfang und Gewinneinbrüche,
- Entwertung der Finanzprodukte, Schließung von Fonds, Zahlungsunfähigkeit,

- Auftragsrückgänge im zweistelligen Bereich, Rücktritte von Kaufverträgen, Produktionseinstellungen, Firmenzusammenbrüche,
- Fusionen, Herausbildung neuer monopolistischer Machtstrukturen, Veränderungen der Geschäftsmodelle der Banken,
- Neue Konkurrenzschlachten, stärkeres Eindringen ausländischer Investoren.

Auf der *Arbeitsseite*:

- Massenhafte Kurzarbeit,
- Vernichtung von Arbeitsplätzen und Massenentlassungen im Tausenderpack ((BASF 1800, Microsoft 5000, Philips 6000, Caterpillar 20000. Autozulieferer 4000, 2000 durch Produktionsrückgang der Hauptkunden bei BMW usw.),
- Rationalisierungsschübe, verstärkter Lohndruck.

Gesamtsoziale Konsequenzen:

- Veruntreuung von Staatsgeldern(Bankenzuschüsse fließen an Aktionäre; in USA etwa die Hälfte der gezahlten Stützungsgelder),
- Steuererhöhungen nach der Krise auf Grund der Bankenrettungspakete und der Konjunkturprogramme,
- eine lang anhaltende Depressionsphase, geringe Wachstumsraten und damit längere Phase der wirtschaftlichen Erholung, schwierigere Bedingungen für die Akkumulation und für Investitionen,
- eine Inflation nach der gegenwärtigen Deflation.

6. Zur Krisenlösung

Die qualitativ neue Situation des kapitalistischen Systems stellt für das dominante Großkapital und ihre politischen Interessenvertreter eine große Herausforderung dar, die Weichen für eine andere Richtung im Regulierungsmechanismus zu stellen. Viele bürgerliche und auch linke Persönlichkeiten behaupten nun, der Neoliberalismus oder die Deregulierung sei tot. Gefordert wird allerorts, den Finanzmarkt stärker zu regulieren, auf den Keynesianismus zurückzukommen. Trotz großer Hektik der politischen Elite mit ihren diversen Konjunkturprogrammen und Aktivitäten ist eine neue richtungweisende Strategie nach einem geeigneten Mechanismus überhaupt noch nicht sichtbar. Dennoch weisen die Verlautbarungen der Herrschaftseliten und die beschlossenen Maßnahmen bereits darauf hin, dass die *bisherige neoliberale Variante* als radikalisiertes Modell der Kapitalverwertung *in einer modifizierter Form* zur Stabilisierung des finanzkapitalistischen Systems fortgesetzt werden wird. Dafür gibt es einige *Anhaltspunkte*:

Erstens betrifft dies das *Verhältnis von Monopolen und Staat*. Es geht dabei um eine effektivere Gestaltung. Das Großkapital bestimmt Richtung und Maßnahmen, wie das politische Krisenmanagement auszusehen hat, nachweisbar an der Gestaltung der Konjunkturmaßnahmen, an dem Einfluss, den die Interessenvertreter der Banken und der Industrie auf diese nehmen. Das mag zwar in einzelnen Ländern etwas differieren. Deutlich wird, dass in erster Linie die weitere Sicherung der finanzkapitalistischen Akkumulation, die Sicherung der Macht der Finanzmärkte und der Großindustrie durch ihre Repräsentanten im Vordergrund geht, dass mit den „Rettungspaketen“ die *Umverteilung von unten nach oben* weiter fortgesetzt wird. Zudem gehen die neuen Staatsinterventionen mit Stärkung politischer Instrumentarien einher (der „Lenkungsausschuss“ des Bankenrettungsschirms ist bei der Bundesbank angesiedelt und diese hat als Refinanzierungsquelle der Geschäftsbanken einen kurzen Weg zu den haushaltspolitischen Entscheidungen der Regierung) oder es bilden sich neue Lobby-Institutionen der Monopole („Business 20“ – Forum(B20)). Hinzukommen Bestrebungen der Politik, die lange

geforderte Transparenz zu verhindern, um das Agieren des Großkapitals zu verschleiern (Seehofers Vorschlag, das „Informationsfreiheitsgesetz“ in Hinblick auf die BAFIN einzuschränken).

Zweitens die Art, wie die *Rolle der Verstaatlichung* gehandhabt wird.

In den Aktionsplänen verschiedener Länder ist die Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung der Banken auf Zeit ein Schwerpunkt. In den USA hat die Regierung bereits einige Finanzinstitute unter staatliche Kontrolle gestellt und nun 250 Mrd. Dollar aus dem Haushalt für den Einstieg in die Banken bereitgestellt, hat Aktien der acht größten Banken übernommen in den anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Im „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ der Bundesregierung Deutschland ist eine Option zur staatlichen Beteiligung enthalten, d.h. der Staat kann sich an einer Rekapitalisierung der Banken beteiligen, indem er wie ein Aktionär Anteile oder stille Beteiligungen erwirbt.

Die Verstaatlichung ist für das Finanzkapital und ihre politischen Vertreter eine Horrorvorstellung, aber generell keine sozialistische Maßnahme. Staatseigentum hebt, wie Friedrich Engels im Anti-Dühring schreibt, das Kapitalverhältnis nicht auf, „aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe zur Lösung“. Die herrschende Politik versucht es deshalb, im Sinne der Sicherung des finanzkapitalistischen Systems zu handhaben. Die Regierungen beeilen sich mit Erklärungen, dass staatliche Beteiligungen keine Zielsetzung, sondern nur eine Notmaßnahme seien, die bei wirtschaftlicher Gesundung des Marktes wieder rückgeführt werde. Und sie gestalten die Maßnahmen so, dass das Finanzkapital in seinen Entscheidungen nicht eingegrenzt wird. Sie fordern keinen stimmberechtigten Einfluss auf die teilverstaatlichten Banken ein. Es gibt keine Reglementierungen zur Eindämmung von spekulativem Handel, kein Verbot von Kapitalanlagen in Steueroasen usw. Darüber hinaus aber wird die *Verstaatlichung als Mittel zum Ausbau der nationalen Monopolstruktur* genutzt. Paradebeispiel ist der Einstieg des Staates bei der Commerzbank. Abgesehen von dem makabren Engagement des Staates bei der Commerzbank (18 Mrd. € gegenüber 4 Mrd. Wert), geht es um die Fusion der Commerzbank mit der Dresdner Bank zu einem zweiten großen nationalen *Global Player* gegenüber der internationalen Konkurrenz. Ein Beispiel ist auch die staatliche Post, die sich an der Deutschen Bank vorübergehend mit 8% beteiligt, um die Übernahme der Postbank sicher zu stellen. Mit der Konstruktion einer „Bad Bank“ sieht es ähnlich aus. Der Steuerzahler soll den Banken die Schrottpapiere abkaufen. Drittens wird auch versucht, *neue Felder* für die staatsmonopolistische Regulierung zu eröffnen. In den USA das „green new deal“, in Deutschland von den Grünen andiskutiert. Damit sind zwar notwendig zu lösende Probleme im Visier, aber ihre Bewältigung wird dem finanzkapitalistischen Profitmechanismus als neue renditeträchtige Kapitalanlagesphäre unterstellt (Innovationsfonds, ökologischer Umbau der Privatwirtschaft mit Staatshilfe).

7. Zu demokratischen Alternativen

Die Lösung des Krisen- Problems muss eine völlig andere sein, denn wir haben es heute mit einem bedeutenden Einschnitt in die Entwicklung des Kapitalismus, mit einer großen Instabilität des gesamten Systems zu tun. Nicht nur dass das Volumen der Verstaatlichungen – bisher die größten in der Geschichte des Kapitalismus – mit der Sozialisierung der Verluste auf Kosten der Steuerzahler einher geht und weitere gravierende Folgen für die sozialen Sicherheitssystem hat. *Die Krise leitet weltweit ein neues System der Enteignung und Ausbeutung ein.* Die Zeit ist reif für eine neue Regulationsweise des Wirtschafts- und Finanzsystems. Diese muss - wenn man nur

an die großen Herausforderungen wie Armut und Hunger, Klima und Energie in der Welt denkt - demokratisch und international sein.

Aber was kann man gegen die Krise tun?

Es gibt bisher die verschiedensten Vorschläge und Äußerungen aus verschiedenen Richtungen.

Der DGB schreibt: „Die Märkte müssen stärker sozial und ökologisch zivilisiert werden. Dies erfordert eine neue Rolle des Staates, starke Gewerkschaften und soziale Bewegungen, neue Ordnungsrahmen für Finanzmärkte“. Die MEMO-Gruppe fordert in einem Sondermemorandum ein langfristig angelegtes Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm von 110 Mrd.€. Die LINKE stellt in ihrer Frankfurter Erklärung Mitte Januar 2009 fünf Punkte in den Vordergrund: Die Banken vergesellschaften, Finanzmärkte regulieren, Öffentliche Einrichtungen ausbauen, die Privatisierung stoppen, die Mitbestimmung und Beteiligungen durchsetzen, Millionen-Vermögen besteuern, Arbeitsplätze absichern.

Notwendig sind ohne Zweifel Sofortprogramme, vor allem zur Abfederung sozialer Folgen, gleichzeitig aber eine langfristige Strategie für eine staatliche Regulierung ohne finanzkapitalistische, auf demokratischer Grundlage. Wirkungsvoll wäre eine rasche Anhebung der Löhne, zumal die sozialstaatliche Komponente in den Konjunkturprogrammen sehr gering ist oder auch die rasche Installierung einer europäischen und weltwirtschaftlichen Finanzordnung.

Die Ursachen der Krise liegen in der Dominanz des Profitsystems begründet. Deshalb kann es keine Lösung im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung geben, ohne dieses System infrage zu stellen. Linke Konzepte müssen daher mehr umfassen als notwendige Sofortmaßnahmen. Ausgehend von der *sozialökonomischen Grundstruktur* und dem agierenden Verhältnis Monopol – Staat könnte m. E. unter der Übernahme des alten sozialdemokratischen Begriffs „Wirtschaftsdemokratie“ eine komplexe alternative Strategie und ein Leitprinzip zur Zurückdrängung der Konzernmacht entwickelt werden, d.h. eine *heutige „Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus“*, die auf eine Neuordnung der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse mit einer demokratischen Sozialordnung zielt. Vorstellbar wären drei *Ebenen* eines solchen Konzepts:

a) Veränderung der sozialökonomischen Grundstruktur, d.h. der Eigentumsordnung durch eine alternative Eigentumspolitik

Es geht dabei um eine Wirtschaftsverfassung in Richtung auf eine antikapitalistische Struktur, eine sozialökologische Wirtschaftsregulierung durch Überführungen von Schlüsselbereichen wie Bankwesen (als öffentliche Infrastruktur), Energie, Gesundheitswesen und andere Bereiche in gesellschaftliches Eigentum ermöglicht. Ausgehend von der *„Sozialpflichtigkeit des Eigentums“*. *Stopp der Privatisierung von gesellschaftlichem, staatlichem und kommunalem Eigentum*, Rückführung privatisierter Ressourcen der öffentlichen Versorgung wie Wasser- oder Verkehrsbetriebe in gesellschaftliches Eigentum. Die Stellung *unterschiedlicher Eigentumsformen* im sozialen Wettbewerb (öffentlich-rechtlichen Unternehmen, Genossenschaften, kommunale Einrichtungen und Handwerk, KMU) ist dabei zu klären. *Die Errichtung einer demokratischen Kontrolle über wichtige Bereiche der Wirtschaft und strenge Regulierungen durch demokratisch legitimierte Organe sind institutionelle Bestandteile.*

b) die Ebene der alternativen Wirtschaftspolitik

Dazu gibt es bereits vielfältige Vorschläge (MEMO, EuroMemo) wie die einer *umfassenden europäischen Entwicklungsstrategie*, verbunden mit

strukturpolitischen Eingriffen. M. E. gehören dazu auch Maßnahmen mit direktem Bezug zur Einschränkung der Kapitalverfügung, wie Begrenzung der Marktanteile der Konzerne, staatliche Genehmigungen von Preisen, strenge Regeln für die Tätigkeit der Finanzinstitutionen, Verbot der spekulativen Fonds, Förderung der KMU, der Genossenschaften und Kooperationen.

c) *Ebene der Konzernunternehmen*

Dies ist die Ebene, auf der die lohnabhängigen Beschäftigten unmittelbar mit dem Großkapital konfrontiert sind. Einfluss haben hier das Gesellschaftsrecht und die Unternehmensverfassung, einschließlich Mitbestimmungsregelungen, Betriebsvereinbarungen, aber auch direkt die Konzernstrategien. Deshalb gehören dazu Maßnahmen wie:

- Demokratische Kontrolle der Besetzung der Vorstände und Aufsichtsräte,
- Transparenz und Information bei Konzernentscheidungen über Finanzströme,
- Stärkung von Mitbestimmungsrechten bei Konzernstrategien, bei Auslagerungen, Beschäftigungsgarantien, sozialen Mindeststandards usw.

Die jetzige Krise sollte Anlass sein, die neuen Merkmale des Kapitalismus genauer zu erfassen, um wissenschaftlich begründete sozialistische Alternativen entwickeln zu können.